

Nach der selbst verschuldeten Krise muss die CDU  
ihre Glaubwürdigkeit neu erarbeiten

# Transparenz, Diskurs und Führung

Dieter Althaus

Aktuelle Umfragen in Deutschland belegen: Das wichtigste politische Problem für die Mehrheit der Deutschen ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Deutlich über fünfzig Prozent, in manchen Umfragen sogar über siebzig Prozent aller Deutschen sehen in diesem Thema die zentrale politische Aufgabe. Danach, mit unter zehn Prozent, siedeln sich Themen wie Steuern, Renten und Alter, Asyl und Ausländer, Umweltschutz, Ruhe und Ordnung, Familie/Kinder/Jugend, Gesundheit und die Wirtschaftslage an. Seit einigen Monaten aber nimmt für die Mehrheit der Deutschen das Thema „Parteiaffären und Politikverdruss“ in einem erschreckenden Ausmaß an Bedeutung zu. Mit über fünfzig Prozent rangiert es inzwischen an zweiter Stelle der Themen. Dabei sind für über achtzig Prozent der Deutschen die Affären ein Problem aller Parteien. Nur etwa zehn Prozent schreiben sie ausschließlich der CDU zu (Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen). Diese Feststellungen müssen uns als Staatsbürger und als Mitglieder der CDU sehr nachdenklich stimmen. Wer in einer Demokratie erfolgreich Politik gestalten will, muss auf ein Grundvertrauen der Wähler setzen können. Dieses Vertrauen sowohl in unsere

Handlungen als auch in die handelnden Personen selbst ist im Moment sehr geschwächt. Darüber hinaus sind die Parteien allgemein in einer Akzeptanzkrise. Fragt man das Vertrauen der Deutschen in Institutionen ab, rangieren politische Parteien mit etwa 25 Prozent auf dem letzten Platz. Dagegen gibt es eine große Zustimmung zu den staatlichen Institutionen, zu Polizei und Bundeswehr, zu den Gerichten, ja selbst zum Deutschen Bundestag. Es wirkt grotesk: Der Vertrauenszuwachs für staatliche Institutionen scheint eine Gegenbewegung zur Parteienverdrossenheit zu sein.

Diese „Zeitgedanken“ machen deutlich, wie zwingend eine Erneuerung der politischen Kultur in unserem Land ist. Besonders die politische Handlungsfähigkeit der CDU ist hiervon aktuell betroffen. Inhalte sind kaum noch vermittelbar, die öffentliche Argumentation folgt nur dem einen Thema. Die CDU muss sich strukturell erneuern, und sie braucht eine spürbare Führung. Nur dann kann das Vertrauen der Menschen zurückgewonnen werden. Vor diesem Prozess muss das ehrliche Eingeständnis stehen. Wir als CDU tragen selbst Schuld an der aktuell zugespitzten Situation. Die Affären der letzten Monate und der

oft dilettantische Umgang mit ihnen haben die Union in die tiefste Krise seit ihrer Gründung geführt. Aus dieser Krise müssen wir uns selbst mit neuer Handlungsfähigkeit befreien, weil die freiheitliche, repräsentative Demokratie die Existenz kompetenter Parteien braucht. Wo wir als Volkspartei Schwäche zeigen, kann von den Rändern her Extremes erstarken. Österreich zeigt hier ein Beispiel auf.

Und die aktuelle Krise ist besonders schmerzhaft, weil der radikale Absturz plötzlich auf eine bundesweite Periode der inhaltlichen und emotionalen Führerschaft für die CDU im Ausgang des Jahres 1999 folgte.

Erinnern wir uns: Im Jahr 1998 hatte die SPD mit Versprechungen und falschen Politikansätzen, vorbereitet durch eine jahrelange Blockade im Bundesrat, einen Politikwechsel auf Bundesebene herbeigeführt. Rot-Grün regiert seitdem, und wir alle spüren, wie die abrupte Anpassung an den Zeitgeist bestimmendes Element für die handelnden Personen bei Rot-Grün ist. „Versprochen – gebrochen“, dieses Motto gilt für rot-grüne Regierungspolitik sowohl im Hinblick auf die Wahlversprechen des Jahres 1998 als auch auf die eigenen programmatischen Aussagen. Im Jahre 1999 zeichnete sich deshalb überraschend ein erfreulicher Meinungsumschwung zu Gunsten der Union ab.

Überraschend auch für die Meinungsforscher? Das Meinungsforschungsinstitut Allensbach glaubte noch im Frühjahr 1998 Folgendes zu analysieren: In Deutschland gebe es eine tief greifende Verschiebung der Werteorientierung von den Freiheits- zu den Gleichheitswerten, und infolge dessen komme es zu einer Veränderung der Parteienpräferenz. Aber diese ideologische Interpretation des Wahlverhaltens stimmt

für die große Mehrheit der Deutschen nicht. Es geht vielmehr um die individuelle, persönliche Situation und das gute Vorankommen des Landes. Es geht darum, welche Zukunftschancen werden für das Land sichtbar, welche Entwicklungspotenziale hat der Arbeitsmarkt, wie gestaltet sich ein ertragreicher Wirtschaftsstandort, wie gelingt es, die notwendigen Sozialstaatsreformen so zu entwickeln, dass sie tragfähig und akzeptabel sind?

---

### Pragmatische Perspektiven

---

Das bedeutet: Der Blickwinkel der Mehrheit der Deutschen auf die Ergebnisse von Politik, auf die Politik gestaltenden Parteien und die handelnden Personen ist pragmatisch. Der tief greifende Wechsel der politischen Präferenzen von 1998 zu 1999 macht deutlich, dass langfristige Bindungen an die politischen Parteien nicht mehr wahlentscheidend sind. Nach der Statistik neigten in den siebziger Jahren noch über 75 Prozent der Deutschen einer Partei zu, inzwischen sind es nur noch gut sechzig Prozent bundesweit. In Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen ist dieser Prozentsatz noch erheblich geringer. Die Schwankungen von Wahlergebnissen so zum Beispiel für die CDU von zwanzig Prozent zwischen 1994 und 1998/1999 sind keine Ausnahme mehr. Zwangsläufig sind dann bei über vierzig Prozent Wechselwähleranteilen kurzfristige Entscheidungsfaktoren sehr bedeutsam. Die Medialisierung der Öffentlichkeit verstärkt diesen Prozess.

Thüringen ist für diese Entwicklung der kurzfristigen Veränderung der politischen Verhaltensstruktur ein anschauliches Beispiel. Wir haben in Thüringen im September 1999 in der nun dritten Legislaturperi-

ode seit der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes erstmals eine absolute Mehrheit der CDU erreicht. Die SPD hat etwa dreizehn Prozent gegenüber 1994 verloren. Das politische Programm der Union war dabei wohl nur sekundär entscheidend. Es waren eher das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der handelnden Personen, die konkreten Ergebnisse praktischer Politikgestaltung seit 1990 in Thüringen und die beschriebene Stimmungslage, die den Ausschlag zu Gunsten der CDU gaben.

Solche Erfolge machen den selbst verschuldeten Absturz der Union noch ärgerlicher und bedrohlicher; dies umso mehr, als es nicht nur um die CDU an sich, sondern um die Handlungsfähigkeit der Demokratie geht.

---

### Orientierende Ideen

---

Klar ist: Wir alle sind nicht Mitglieder der CDU der Partei oder der Karriere wegen, sondern um einen demokratischen Dienst an der Gesellschaft zu leisten. Es sind die Ideen, die die Volkspartei CDU für die Gestaltung der freiheitlichen Demokratie so wichtig machen. Es ist die Idee einer auf Verantwortung basierenden Gesellschaft, die den Einzelnen in seiner Einmaligkeit und Würde respektiert und fördert. Mithilfe eines ordnungspolitischen Rahmens sorgen wir für eine subsidiär verantwortete Solidarität, sorgen wir dafür, dass die Voraussetzungen existieren, durch persönliche und wirtschaftliche Prosperität die Zukunft der Gesellschaft zu sichern. Als Christliche Demokraten orientieren wir uns persönlich am christlichen Menschenbild, und dieses muss auch Fundament und Orientierung für die CDU insgesamt sein.

Klar ist auch: Wie mit Geld und dem Gut „Wahrheit“ umgegangen wurde, entspricht

nicht den rechtsstaatlichen Prinzipien, ist unverständlich und muss Konsequenzen haben. Einerseits ist die CDU die Partei, die mit Köpfen und Inhalten die Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt hat. Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes stellt dabei ein besonders herausragendes Kapitel deutscher, von der Union verantworteter Politik dar. Aber andererseits hat die Führung der CDU, hat der ehemalige Bundesvorsitzende und haben weitere Persönlichkeiten über viele Jahre zum Teil Gesetze missachtet, keine Offenheit gepflegt und Partei wie Öffentlichkeit getäuscht. Beides, Verdienste und Vergehen, müssen benannt werden. Unrecht wird nicht durch Moralisierung zu Recht. Die Konsequenzen müssen wir als CDU gemeinsam tragen, auch wenn die Mitglieder sehr zu Recht deutlich machen, dass sie keine zusätzlichen finanziellen Belastungen ertragen werden.

Festzustehen scheint auch: Wir werden nicht, wie erwähnt, in erster Linie unserer inhaltlichen Aussagen in Programmen wegen gewählt. Entscheidend für das Wahlverhalten sind glaubwürdige Personen, Stimmungen und Vertrauen. Die CDU hat in dem Wechselbad von 1998 zu 1999 erfahren und gespürt, was ein Stimmungstrend bewirken kann.

Wenn aber für etwa fünfzig Prozent aller Deutschen die Politikaffären zum zweitwichtigsten Problem geworden sind und gleichzeitig die Medien einen Vertrauenszuwachs auf über fünfzig Prozent erreicht haben, dann gibt es nur eine Konsequenz: Wir brauchen ein glaubwürdiges, öffentlich akzeptiertes und respektiertes Führungsteam.

Mit ebensolcher Konsequenz müssen wir auch wieder die inhaltliche Meinungsführerschaft erreichen. Dabei war es wenig hilf-

reich, dass die deutschen Medien in den letzten Monaten kaum Inhalte, sondern in immer neuer Form den Spendenskandal, die Personaldiskussionen und Spekulationen in die Schlagzeilen gebracht haben. Lesern und Fernsehzuschauern wurde das Bild einer CDU vermittelt, die über ihrer egozentrischen Problembewältigung für die inhaltliche Politikgestaltung gar keine Zeit mehr hat. Das wenig effiziente CDU-Krisenmanagement hat dieses Image noch abgerundet. Dieses öffentliche Erscheinungsbild der CDU muss alarmieren! Es muss ein Signal vor allem in den jungen Ländern sein, denn hier in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und zum Teil auch in Berlin buhlt ein politischer Konkurrent um die Zustimmung der Menschen: die PDS. Sie ist ernst zu nehmen!

---

### **Ernst zu nehmende PDS**

---

Sie nutzt Stimmungen, um Stimmen zu sammeln. Sie nutzt Enttäuschungen und lenkt sie auf ihre populistischen Mühlen. Die PDS will sich weiter in dieser Gesellschaft etablieren, nicht um zu helfen, um demokratisch mitzugestalten und mitzuverantworten, sondern um über diese Beteiligung an staatlicher Macht Deutschland eine grundlegend andere Entwicklungsrichtung aufzuzwingen. Und sie sagt dies immer wieder. „Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der werktätigen Bevölkerung, ... Der Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist.“ (Aus: Programm der Partei des Demokratischen So-

zialismus, Januar 1993.) „Der Staat ist verpflichtet, mittels eigener Wirtschaftstätigkeit und Regulierung der privaten Wirtschaft die Erreichung von Vollbeschäftigung, ökologischer Verträglichkeit der Produktion, Währungsstabilität und ausgeglichener Außenwirtschaftsbeziehungen zu fördern.“ (Aus: PDS-Entwurf eines Gesetzes über die Annahme einer neuen Verfassung nach Artikel 146 GG, Drucksache Deutscher Bundestag 12/6570, 12. Januar 1994.)

Diese Zitate machen alarmierend deutlich: Wir müssen uns klar von der PDS und ihren Vorstellungen abgrenzen und die inhaltliche Auseinandersetzung führen.

Ermutigend hingegen ist, dass bei der Thüringer Landtagswahl im September 1999 die CDU insbesondere bei den Jung- und Erstwählern zwischen achtzehn und 24 Jahren überdurchschnittlich in der Zustimmung stieg, über vierzig Prozent dieser Altersgruppe wählten CDU. Dies drückt klar eine Erwartungshaltung uns gegenüber aus. Wir sollen das Land voranbringen, es geht um Inhalte, Themen, Sachkompetenz und pragmatisch-konkrete Antworten. Es ist keine Frage: Für die nächsten Jahre ist die Wirtschaftsentwicklung in unserem Land entscheidend, denn nur durch solides Wachstum kann die Arbeitslosenentwicklung positiv beeinflusst werden und der Staat seine Handlungsfähigkeit sichern.

---

### **Soziale Marktwirtschaft**

---

Die entscheidende, noch unterschätzte Frage ist deshalb: Wie wird Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig? Die national-ökonomischen Handlungsmöglichkeiten des Staates sind im Wesentlichen ausgeschöpft. Es wird daher nicht genügen, bei einer Sozialstaatsreform hinsichtlich Rente und Gesundheitsfürsorge Verzicht zu predigen, auf

schlichte Verteilung zu setzen oder ausschließlich moralisch an Eigenverantwortung zu appellieren. Nein, so finden wir keine dauerhaft tragfähige und entwicklungs offene Lösung. Eine freie Gesellschaft bietet genügend Möglichkeiten, sich den Zwängen der Solidargemeinschaft zu entziehen. Genau deshalb müssen wir andere Reformansätze wählen: Ordnungspolitik muss Anreize für positiv besetzte Handlungen, das heißt für das persönliche Engagement, schaffen.

Dieser Reformansatz mag mitunter „utilitaristisch“ scheinen, aber wenn die notwendigen sozialen Sicherungssysteme nur über mehr Eigenverantwortung zu sichern sind, dann muss diese Eigenverantwortung positiv aktiviert werden.

---

### **Basis Verantwortung**

---

Unsere Ideen einer Gesellschaft, die auf Verantwortung basiert, müssen zu Leitideen der ordnungspolitischen Fragestellung werden. Die Soziale Marktwirtschaft sichert den Rahmen, damit das Engagement des Einzelnen und der Wirtschaft Kräfte freisetzt, Kräfte, die auch künftig Gesellschaft und Staat handlungsfähig erhalten. Die Wirkungen der ordnungspolitischen Regelungen müssen ethisch geprägt sein. Hier liegt eine Kernaufgabe von CDU-Politik. Als Weg für akzeptierte erfolgreiche Reformen sehe ich keine andere Chance.

Auf eine weitere Frage muss CDU-Politik antworten, auf die Frage, wie es mit der Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland weitergeht. Im zehnten Jahr der Einheit unseres Vaterlandes bestehen ganz objektiv immer noch Defizite. Diese werden nicht behoben, wenn man Neid predigt, auch nicht durch Entscheidungen im Deutschen Bundestag oder zwischen Tarif-

parteien. Der Länderfinanzausgleich und der Solidarpakt sind neu zu besprechen. Dabei muss die Leistungsfähigkeit der Länder und der Bundesrepublik Deutschland insgesamt im Blick sein. Auch hier brauchen wir eine starke, handlungsfähige CDU mit konkreten Antworten in den Ländern und im Bund.

---

### **Diskurs und Transparenz**

---

Uns allen liegt sehr daran, uns aus dieser tiefen selbst verschuldeten Krise zu befreien. Befreiend wirken Strukturänderungen, mehr Transparenz, eine lebendige innerparteiliche Demokratie und ein glaubwürdiges Führungsteam. Das neue Führungsteam der CDU muss vielfältige Fragen beantworten.

Auch wir als CDU-Mitglieder müssen uns offen den Fragen stellen. Wir müssen zuhören. Kontroverse Meinungen innerhalb der Gesellschaft provozieren oft Debatten. Aber nur wenn wir uns auf den inhaltlichen politischen Diskurs ernsthaft einlassen, machen wir unsere Arbeit transparent. Das Führungsmanagement zu professionalisieren bedeutet deshalb auch, die Dialogfähigkeit der Union zu verbessern. Keine Angst vor Meinungsverschiedenheiten auf dem Weg der Meinungsfindung! Geschlossenheit in unterschiedenen Positionen! Vertrauen und Unterstützung für die handelnden Personen!

Fakt ist: Die Mediengesellschaft hat zur Folge, dass die Öffentlichkeit schnell und umfassend über den politischen Dialog informiert wird. Diese Chance sollten wir nutzen, um durch klare Fragen und Antworten die inhaltliche Politikgestaltung als unsere Hauptaufgabe positiv zu transportieren.

Nur so werden wir verlorenes Vertrauen noch vor der Bundestagswahl 2002 zurückgewinnen können.